

160 Jahre SPD

Eine Volkspartei sucht das Volk

19. Mai 2023, 13:07 Uhr | Lesezeit: 5 min

1863 entstand in Leipzig die deutsche Sozialdemokratie. Die SPD, der "Sisyphos der deutschen Politik", hat seitdem einige Häutungen hinter sich. Nun stellt sie wieder den Kanzler, doch ausgerechnet in ihrer ursprünglichen Heimat schwächt sie erheblich. Ist sie noch eine Volkspartei?

Von Georg Ismar, Berlin

Zehn Jahre können auch in der langen Geschichte der SPD eine lange Zeit sein. Lang genug, dass Dinge passieren, die selbst jahrzehntelange Gewissheiten von einem Tag auf den anderen verschwinden lassen.

Als am 23. Mai 2013 die SPD in Leipzig ihr 150-jähriges Bestehen feierte, saßen in der ersten Reihe die Altkanzler Helmut Schmidt und Gerhard Schröder, Kanzlerin Angela Merkel war da, SPD-Chef Sigmar Gabriel natürlich, Frankreichs Präsident François Hollande, Bundespräsident Joachim Gauck. Gabriel erinnerte an den Sozialdemokraten Karl Richter, der zu seinem 100. Geburtstag gesagt habe: "Du musst das Leben nehmen, wie es ist. Aber Du darfst es nicht so lassen." Ein besseres Land komme nicht von allein.

Zehn Jahre später, am Montag und Dienstag, feiert die SPD ihr 160-jähriges Bestehen, eine Nummer kleiner, im Willy-Brandt-Haus in Berlin. Zwischen den Terminen lag der 24. Februar 2022, der Tag des russischen Überfalls auf die Ukraine. Gerhard Schröder ist zu diesem Jubiläum nicht mehr eingeladen. Und statt Sicherheit mit Russland will die Partei nun Sicherheit vor Russland organisieren. Von einer Zeitenwende ist die Rede, und die Partei ist bereit, Milliarden für neue Waffen auszugeben.

Zwar stellt man mit Olaf Scholz wieder den Kanzler, aber Richters Worte trafen den Kern selten so wie heute. Das Leben nehmen, wie es ist - sich ständig wandeln, getrieben vom Impetus, Veränderung zu organisieren, unbeugsam und streitbar im Einsatz als Kümmerer für Demokratie

und Gerechtigkeit.

Einige der ältesten Anliegen sind immer noch aktuell - etwa der Kampf gegen Ausbeutung

Am 23. Mai 1863 war im Leipziger Pantheon der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) gegründet worden, die Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie. 1890 ging der ADAV in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf. Gauck erinnerte 2013 in Leipzig an die Gründungsphase, Armut und Ausbeutung seien 1863 für Millionen Deutsche Alltag gewesen, im Eisenacher Programm von 1869 seien dann freie Wahlen, das Verbot von Kinderarbeit und die Unabhängigkeit der Gerichte gefordert worden. Einige Themen gibt es bis heute in anderem Gewand; der Kampf gegen Ausbeutung etwa ist heute das Ringen für mehr Tarifbindung, gerade in Ostdeutschland.

Leipzig war immer wieder eine wichtige Wegmarke. Im Mai 1931 kamen hier rund 400 Delegierte zum letzten Parteitag vor der Machtübernahme Adolf Hitlers zusammen. Von all den historischen Leistungen wird immer wieder das knapp zwei Jahre später erfolgte Nein der 94 SPD-Abgeordneten gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz mit Otto Wels' Rede (["Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht"](#)) als eine der mutigsten angeführt. Nach dem Mauerfall fand in Leipzig 1990 der erste und zugleich letzte Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in der DDR statt - bevor es noch im selben Jahr zur Vereinigung mit der West-SPD kam.

Die Gegenwart sieht für die Partei, oft als Sisyphe der deutschen Politik beschrieben, wieder äußerst kompliziert aus. Eine schwierige Koalition im Bund, die Fehler der Russland-Politik, der größte Landesverband in Nordrhein-Westfalen in einer tiefen Führungskrise. Wie alle Parteien leidet die SPD unter rapidem Mitgliederschwund: Von mehr als einer Million Mitgliedern zu Zeiten Willy Brandts sank die Zahl bis Ende 2022 auf knapp 380 000 Mitglieder. Und im "Geburtsland" Sachsen landete sie bei der letzten Wahl hinter CDU, AfD, Linken und Grünen mit 7,7 Prozent auf Platz fünf, ist aber als kleinster Partner an der Kenia-Koalition beteiligt. Gerade hier lohnt es sich nachzufragen, was die SPD heute noch ist - vor allem, ist sie noch Volkspartei?

Sophie Koch ist in die Partei in jenem Jahr eingetreten, als das 150-Jährige gefeiert wurde. Sie fällt auf, beide Arme tätowiert, Klartext ist ihr Markenzeichen. Koch regte sich damals über die Bildungspolitik, die Unterrichtsausfälle auf, ein SPD-Politiker sagte zu ihr: "Du kannst weiter meckern, aber tritt ein." Die 29-Jährige sieht sich als Lautsprecherin ihrer Generation. Bundesweit machte sie sich einen Namen, als ihr 2019 wegen der großen Koalition im Bund der Kragen platzte.

Sie engagiere sich ohne Pause, opfere Wochenenden, habe ihr Studium vernachlässigt und drehe am Ende des Monats jeden Cent um, twitterte sie damals. "Was mich aber wirklich wütend macht: 9mal Kluge Ideen von GroKo Befürwortern, von früheren Parteivorsitzenden oder noch Vorstandsmitgliedern, die aus einer durchaus bequemen Position heraus denken, ein 'weiter so' wird uns schon irgendwie retten." In Sachsen aber kämpften sie auch dank der Bundespolitik darum, überhaupt zweistellig zu werden, gegen die AfD, schlicht um die Demokratie.

"In Sachsen werden wir dafür belächelt, dass wir uns als Volkspartei sehen."

Geschadet hat es ihr nicht, Koch ist heute stellvertretende Vorsitzende der SPD in Sachsen. Sie war gegen Olaf Scholz als SPD-Vorsitzenden, aber als Kanzler kann sie gut mit ihm leben. Was macht sie heute wütend?

Wut sei das falsche Wort, sagt sie. Aber sie fürchtet vor allem Rückschritte in der Migrationspolitik. Dabei brauche es mehr Arbeitskräfte und die SPD stehe für eine humane Aufnahmepolitik. Koch gehört dem sehr linken Flügel an - und gerade diese Positionen sind es, die es in Sachsen schwer haben, wo die AfD bei der letzten Wahl bereits 27,5 Prozent holte. Zudem hätte Koch gerne einen schnelleren Kohleausstieg. Und Sachsen sei auf den hintersten Plätzen bei der Tarifbindung, es gehe vor allem auch um die kleinen Erfolge, etwa die Erhöhung des Stundenlohns um zwei Euro für die Beschäftigten von Riesa Nudeln.

"In Sachsen werden wir dafür belächelt, dass wir uns als Volkspartei sehen", sagt Koch. "Aber ich definiere das vor allem über unseren breiten inhaltlichen Ansatz: Arbeitnehmerrechte stärken, den Rechtsruck bekämpfen, Ausbau der Erneuerbaren, mehr als ein Fokus auf Umwelt- und Klimathemen wie bei den Grünen." Die positivste Veränderung ist für sie Verjüngung, mit vielen neuen Abgeordneten im Bundestag, auch mit Migrationsgeschichte. "Plötzlich haben wir auch hier in jedem Landkreis wieder mehr junge Leute, die sich engagieren", sagt Koch. Derzeit gibt es in Sachsen rund 4570 Mitglieder.

Auch Frank Richter (63) ist noch gar nicht so lange in der SPD, er war früher in der CDU. Heute sitzt er für die Sozialdemokraten im sächsischen Landtag. Der frühere DDR-Bürgerrechtler war in der Hochphase der Pegida-Bewegung Direktor der Landeszentrale für politische Bildung - als Sigmar Gabriel bei einer von Richter organisierten Veranstaltung mit Pegida-Anhängern in Dresden als "Privatmann" auftauchte, sorgte das für viel Wirbel in der SPD.

Er glaubt angesichts des Erstarkens der AfD, "im Umgang mit dem Populismus gibt es keinen Königsweg". Es helfe nur unaufgeregt Politik machen, mit seriösen Konzepten überzeugen. Aus der CDU ausgetreten sei er, weil er dort eine mangelnde innerparteiliche Diskussionskultur wahrgenommen habe, zudem sei das Extremismus-Problem in Sachsen lange geleugnet worden, während man hemmungslos auf "links" eingeschlagen habe. Er vermisse das C - also das "Christliche" - in der CDU schon lange. Bei der SPD sei die Positionierung gegen rechts außen eindeutig, bei der CDU in Sachsen hingegen erlebe er "eine rhetorische Erosion humanitärer Grundsätze".

Für ihn ist die Lage in Sachsen etwas paradox. Auf kommunaler Ebene stelle die SPD ja viele Bürgermeister und Oberbürgermeister, habe aber landesweit seit Jahrzehnten große Probleme. Er führt auch das auf ein Phänomen zurück, das mit der Nachwendezeit zusammenhänge: Wo es starke Führungspersönlichkeiten gegeben habe, hätten sich Parteibindungen mit Langzeitwirkung entwickelt. In Sachsen sei das für die CDU Kurt Biedenkopf gewesen, die Stärke der SPD etwa in Brandenburg resultiert für ihn auch aus der Zeit des Ministerpräsidenten Manfred Stolpe "und der Ausnahmepolitikerin Regine Hildebrandt".

Ähnlich wie für Koch ist die SPD auch für ihn heute noch insofern Volkspartei, als sie Positionen in allen Politikfeldern erarbeite. Es gelte weiter der Ansatz: zuerst das Land, dann erst die Partei. "Das zahlt sich in Zeiten des Populismus jedoch kurzfristig nicht aus."

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5868988

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/mcs

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.